

Unverkäufliche Leseprobe



Michael Brenner (HG.)
Geschichte der Juden in Deutschland
von 1945 bis zur Gegenwart
Politik, Kultur und Gesellschaft

542 Seiten, Gebunden
ISBN: 978-3-406-63737-7

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/10250097>

EINLEITUNG

Von Michael Brenner

Als Rabbiner Leo Baeck nach Kriegsende die Behauptung aufstellte, das Zeitalter der deutschen Juden sei endgültig vorbei, mochte ihm niemand widersprechen.¹ Die deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit, die mit der Aufklärungsbewegung ihren Anfang nahm und sich bis zur Weimarer Republik entfaltete, konnte nach Auschwitz nicht nahtlos fortgeführt werden. So setzten sich die führenden Vertreter jüdischen Lebens nach 1945 bewusst von dem vor 1933 üblichen Begriff der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ab und wählten stattdessen den Namen «Zentralrat der Juden in Deutschland» für ihre Organisation. Diese Bezeichnung signalisierte den Bruch mit dem Selbstverständnis deutscher Juden eines früheren Zeitalters und trug gleichzeitig der Tatsache Rechnung, dass ein Großteil der nun in Deutschland lebenden Juden aus Osteuropa stammte.

Neben den ca. 15 000 deutsch-jüdischen Überlebenden und Rückkehrern aus dem Exil hielten sich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren etwa 250 000 Personen, die den Holocaust in Osteuropa überlebt hatten – die sogenannten Displaced Persons (DPs) –, zumeist in der amerikanischen Zone Deutschlands auf. Die deutsch-jüdische Gemeinschaft bildete in den Nachkriegsjahrzehnten ihre eigene Topographie heraus. Während die deutschen Juden sich bald in Form des Zentralrats und der späteren *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung* um das Schaltzentrum Düsseldorf formierten, fanden die osteuropäischen DPs zunächst in München, dem Sitz der meisten amerikanischen Einrichtungen, ihren Mittelpunkt. Zum eigentlichen Zentrum jüdischen Lebens, von dem die meisten geistigen und wirtschaftlichen Impulse ausgingen, wurde in den ersten Jahrzehnten die «funktionale Hauptstadt» der Bundesrepublik, Frankfurt am Main. Berlin verlor zwar seine Rolle als die jüdisches Leben in jeder Hinsicht dominierende Metropole – vor 1933 hatte dort jeder dritte jüdische Bürger gelebt –, blieb aber im Westteil der Stadt die zahlenmäßig größte deutsch-jüdische Nachkriegsgemeinde. Gleichzeitig beherbergte Ost-Berlin die einzige größere jüdische Gemeinde der DDR. Im Osten Deutschlands nahm sich das organisierte jüdische Leben zwar bescheiden aus, doch war hier die Zahl bekannter Personen mit jüdischem Familienhintergrund in Politik und Kultur größer als im Westen.

Zunächst stand, wie Dan Diner in seiner einführenden Interpretation betont, jüdisches Leben in Deutschland «im Zeichen des Banns». Gemäß der 1948 ausgegebenen Devise des Jüdischen Weltkongresses sollten sich «Juden nie wieder auf der blutgetränkten Erde Deutschlands ansiedeln». Deutschland blieb für Juden über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ein geächtetes Land. Dennoch entwickelten sich wieder kleine jüdische Gemeinden in den beiden deutschen Staaten. Wichtiger als ihre geringe Mitgliederzahl war ihre symbolische Bedeutung, die bereits 1949 der damalige Militärgouverneur und spätere Hohe Kommissar John J. McCloy deutlich machte: «Was diese Gemeinschaft sein wird, wie sie sich formiert, wie sie ein Teil des neuen Deutschlands wird und mit ihm verschmilzt, wird, glaube ich, von der ganzen Welt sehr aufmerksam beobachtet werden. Es wird meiner Ansicht nach einer der wirklichen Prüfsteine für den Fortschritt Deutschlands sein.»²

Nachdem zu Beginn der fünfziger Jahre Vertreter jüdischer Organisationen für Schlagzeilen in der Öffentlichkeit gesorgt hatten – so etwa durch öffentliche Proteste gegen den Freispruch des «Jud-Süß»-Regisseurs Veit Harlan 1950 und durch den spektakulären Suizid der damals dominierenden Figur jüdischen Lebens, Philipp Auerbach, nach Verkündung eines Gerichtsurteils gegen ihn –, wurde das jüdische Leben in der Bundesrepublik bald durch einen Rückzug ins Private oder, wie Dan Diner es in diesem Band formuliert, durch eine «abwesende Anwesenheit» geprägt. Der Zentralrat der Juden in Deutschland agierte vor allem hinter den Kulissen, so waren seine Vorsitzenden der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Sein über zwei Jahrzehnte die politischen Geschicke der Juden Deutschlands prägender Generalsekretär Hendrik George van Dam war darum bemüht, über stille Kanäle die materielle Entschädigung für die jüdische Gemeinschaft voranzubringen und damit die Grundlage für die Existenz der Gemeinden zu schaffen.

Die zunächst nicht mehr als 20 000 Mitglieder zählenden Gemeinden gestalteten ihr jüdisches Leben abgeschieden von der deutschen Öffentlichkeit, die zunächst auch wenig Interesse daran zeigte. Synagogen fanden sich oftmals in Hinterhöfen oder wenig spektakulären Neubauten. Das religiöse Leben nahm sich bescheiden aus, während der sechziger Jahre amtierten weniger als ein Dutzend Rabbiner in den etwa achtzig Gemeinden.

Während die Gruppe der aus Deutschland stammenden Juden stark überaltert war, galt für die meisten Kinder der osteuropäisch-jüdischen Familien die Devise, ihre Zukunft außerhalb Deutschlands zu suchen. Ihre Eltern hatten sich – gegen den Bannspruch der internationalen jüdischen

Organisationen und des Staates Israel – häufig notdürftig, manchmal erfolgreich eine wirtschaftliche Existenz aufgebaut. Sie waren geblieben, weil sie, nachdem sie zwar überlebt, aber zumeist auch ihre gesamte Familie verloren hatten, nicht noch einmal woanders – im kriegsgeschüttelten Israel oder im fernen Amerika – von vorn beginnen wollten. Sie waren geblieben, weil sie nach Jahren im Konzentrationslager oder der Flucht in die Sowjetunion nicht weiterwandern konnten, weil sie kranke Verwandte zu pflegen hatten, die nicht ausreisen konnten, weil sie eine wirtschaftliche Grundlage aufgebaut hatten, weil sie als jiddische Muttersprachler sich in Deutschland verständigen konnten, weil sie nichtjüdische deutsche Lebenspartner gefunden hatten. Allerdings waren sie zumeist mit schlechtem Gewissen im «Land der Mörder» geblieben.

Die DPs trugen ihren Teil zum deutschen Wirtschaftswunder bei. Im gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des Landes tauchen ihre Namen kaum auf, von wenigen Ausnahmen wie dem Filmproduzenten Artur Brauner abgesehen. Einige prominente Namen gab es dagegen unter den deutsch-jüdischen Rückkehrern: Nordrhein-Westfalen hatte einen jüdischen Justizminister, Hamburg einen jüdischen Bürgermeister, die Fußballclubs FC Bayern München und Werder Bremen bekamen wieder ihre jüdischen Vorsitzenden; die Theaterbühnen bekamen mit Fritz Kortner, Therese Giehse und ein paar anderen einige prominente Schauspieler aus dem Exil zurück, manche emigrierte Professoren fanden ihr Wirkungsfeld wieder an deutschen Universitäten. In der DDR, wo die organisierte jüdische Gemeinschaft nach den antisemitischen Exzessen in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei zu Beginn der fünfziger Jahre auf weniger als 2000 Mitglieder zusammengeschrumpft war, machten Menschen jüdischer Herkunft einen nicht zu übersehenden Teil der kulturellen und politischen Elite aus: von den Schriftstellern Anna Seghers und Arnold Zweig über die Literaturwissenschaftler Hans Mayer und Alfred Kantorowicz bis hin zu den SED-Politbüro-Mitgliedern Albert Norden und Hermann Axen.

Die Rede von der «blutgetränkten Erde» verlor sich allmählich, als klar wurde, dass eine zweite Generation von Juden in Deutschland heranwuchs und ein Teil von ihnen im Lande bleiben würde. Gleichzeitig kam es zu einer langsamen, aber stetigen Zuwanderung von Juden aus Ländern, in denen sie sich nicht sicher fühlten, aus Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, aber auch aus dem Iran und selbst aus Israel. Immer aber bestand unter den in Deutschland lebenden Juden das Gefühl fort,

«auf gepackten Koffern» zu sitzen. Sogar in den achtziger Jahren noch wurde die deutsch-jüdische Existenz als Anomalie beschrieben. Mit *Fremd im eigenen Land* (Henryk M. Broder) und *Dies ist nicht mein Land* (Lea Fleischmann) sind zwei der populärsten Selbstbeschreibungen von in Deutschland nach 1945 aufgewachsenen Juden übertitelt. Noch im 21. Jahrhundert beschreiben Historiker die Geschichte der Juden im Nachkriegsdeutschland als paradox: *Das Undenkbare tun* (Ruth Gay), *Im Land der Täter* (Susann Jael Heenen-Wolff), *Unmögliche Heimat* (Anthony D. Kauders) und *Heimkehr der Unerwünschten* (Olivier Guez) lauten nur einige Titel.

Mitte der achtziger Jahre begann gleichzeitig allerdings ein neuer Diskurs. Der Rückzug ins Private, der zu Beginn der fünfziger Jahre mit dem Skandal um den damals führenden jüdischen Funktionär Philipp Auerbach begonnen hatte, ging dreißig Jahre später mit dem Skandal um den Vorsitzenden des Zentralrats, Werner Nachmann, der Millionenbeträge von Wiedergutmachungsgeldern veruntreut hatte, zu Ende. Sein Nachfolger Heinz Galinski war kein Mann der leisen Töne und suchte den Weg in die Öffentlichkeit, einen Weg, der von seinen Nachfolgern Ignatz Bubis und Paul Spiegel noch intensiver beschritten wurde. Als 1985 der amerikanische Präsident Ronald Reagan mit Bundeskanzler Helmut Kohl den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, auf dem auch Waffen-SS-Mitglieder bestattet sind, regte sich ebenso heftiger öffentlicher Widerstand von Seiten jüdischer Kreise wie anlässlich der nur kurz danach geplanten – und erfolgreich verhinderten – Aufführung des als antisemitisch erachteten Theaterstücks *Der Müll, die Stadt und der Tod* in den Städtischen Kammerspielen Frankfurt am Main. Auch im Inneren der jüdischen Gemeinschaft regte sich etwas: Neben der dominierenden Orthodoxie entstanden liberale Gemeinden, zu dem Israel in jeder Hinsicht unterstützenden Establishment traten Gruppen junger Juden hinzu, welche die israelische Politik – vor allem im Libanonkrieg – öffentlich kritisierten. Eine neue Generation deutsch-jüdischer Schriftsteller wuchs heran.

Synagogen und Gemeindezentren erhielten nun eine neue Akzentuierung: Sie waren auf eine längere Zukunft angelegt. Der spätere Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Salomon Korn, prägte anlässlich der Eröffnung des von ihm dort konzipierten Jüdischen Gemeindezentrums 1986 den zwar erstmals bereits 1960 vom Hamburger Bürgermeister Max Brauer ausgesprochenen, doch erst seit den achtziger Jahren programmatisch wiederholten Satz: «Wer ein Haus baut, will bleiben.»

Zu dem Willen zu bleiben, trug zudem die sich wandelnde Wahrnehmung des Jüdischen in der deutschen Öffentlichkeit bei. Führte jüdisches Leben in den fünfziger und sechziger Jahren ein Nischendasein, galt es nun unter nichtjüdischen Deutschen als opportun, sich mit der jüdischen Vergangenheit und Kultur zu beschäftigen. Überall entstanden Klezmer-Bands, jüdische Museen und wissenschaftliche Institutionen. Die Präsenz jüdischer Themen in den Medien stieg in den achtziger Jahren sprunghaft an, das Thema «Holocaust» hatte nach Ausstrahlung der gleichnamigen amerikanischen Fernsehserie bereits seit Ende der siebziger Jahre Hochkonjunktur.

Der größte Wandel in der deutsch-jüdischen Existenz nach dem Holocaust kam jedoch völlig unerwartet 1989 ausgerechnet an jenem 9. November, an dem 51 Jahre zuvor in ganz Deutschland die Synagogen brannten. Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem darauf folgenden Fall des Eisernen Vorhangs wurde den Juden in der ehemaligen Sowjetunion die Auswanderung möglich gemacht. Während die meisten von ihnen Israel als neue Heimat wählten, fanden im Laufe der zwei Jahrzehnte ab 1990 über 200 000 Menschen mit jüdischem Familienhintergrund oder jüdischem Ehepartner den Weg nach Deutschland. Der Zentralrat und seine Mitgliedergemeinden vervierfachten im Folgenden ihre Mitgliederzahl von knapp 30 000 auf etwa 110 000.

Man sollte die Situation im Deutschland des 21. Jahrhunderts nicht idealisieren. Die Zahl der Juden ist zwar erheblich angewachsen und ihre Zukunft dadurch erst möglich geworden, doch bilden sie eine weiterhin verschwindend kleine Minderheit von unter 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Heute sind die Gemeinden auch wieder überaltert, die meisten aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Juden sind der Religion entfremdet und können mit dem Selbstverständnis einer sich religiös definierenden jüdischen Gemeinschaft wenig anfangen. Synagogen werden ebenso wenig frequentiert wie Kirchen.

Dennoch kann man nicht verkennen: Mittlerweile leben Juden länger in der Bundesrepublik Deutschland (und zeitweise der DDR) als im Kaiserreich und der Weimarer Republik zusammen. Sie haben ein pluralistisches religiöses Leben geschaffen, sogar wieder eigene Rabbinerseminare gegründet. Sie mischen sich mehr als früher in das gesellschaftliche Leben ein, und der Zentralrat der Juden in Deutschland wird mittlerweile auch von Israel und allen internationalen jüdischen Organisationen als wichtiger und selbstverständlicher Partner wahrgenommen.

Es ist dies ein langer Weg von der geächteten Existenz «auf der blut-

getränkten Erde» über die «gepackten Koffer» zu dem festen Willen, da zu bleiben, «wo man ein Haus baut». Anlässlich der Einweihung der neuen Synagoge in München 2006 brachte die damalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, diese Entwicklung zum Ausdruck, als sie betonte, die Koffer seien nun ausgepackt, die Juden in Deutschland angekommen.

[...]